

KRITIK UND KOMMENTARE

Das Ende der traditionellen Entwicklungsländerforschung

Einige Eindrücke von der OECD-Tagung in Montebello/Kanada

MICHAEL BOHNET

Die Tage, in denen ein Forscher in ein Entwicklungsland reisen kann, sich dort seinem Lieblingsthema widmet, nach einem Jahr wieder zurückkehrt und im Heimatland ein brillantes Buch vorlegt, sind gezählt. Das Forschungsklima in den meisten Entwicklungsländern hat sich erheblich verschlechtert. Wer ist schuld an dieser Entwicklung, die Entwicklungsländer oder gar wir selbst?

Während einer OECD-Tagung der Direktoren der Entwicklungsforschungsinstitute aus 40 Ländern (davon 28 Entwicklungsländer) vom 13. bis 17. Juli 1970 in Montebello/Kanada über das Thema: „The Role of Research and Training Institutes in Stimulating Economic and Social Development“, hat man mit einer kritischen Analyse dieses Phänomens begonnen. Die Ursachen der Verschlechterung des Forschungsklimas sind vielfältig; sechs Argumente sollen ins Feld geführt werden:

1. Die mangelnde Berücksichtigung der Forschungsprioritäten der Entwicklungsländer

In der Vergangenheit entsprangen die Forschungsthemen den individuellen Wünschen der Wissenschaftler. In der ersten Phase der Entwicklungsländerforschung in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre beschränkte man sich in Deutschland auf Literaturstudien und trug zusammen, was Engländer, Franzosen und Amerikaner erforscht hatten. Es war die Zeit der Publikationen von Leuten, die über Entwicklungsländer schrieben, ohne je einen Fuß ins Land gesetzt zu haben. Dieses Vorgehen ist nicht etwa negativ zu werten, sondern war in der Anfangsphase unumgänglich, um zunächst einmal die Problemstellungen zu erfassen. Es folgte die Phase der Feldforschungen. Zunehmend wurden Gelder zur Verfügung gestellt, um empirisches Material in Entwicklungsländern zu sammeln. Der Forscher veröffentlichte ein Buch im Heimatland und erfreute sich zunehmender Beliebtheit als Experte. Die Themenstellungen der Wissenschaftler waren jedoch selten mit den Regierungen und Universitäten in den Ländern abgesprochen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte meist sehr spät, fast überwiegend in der Muttersprache der Forscher und ohne dem Entwicklungsland zu rechter Zeit und in der adäquaten Sprache Zugang zu den Forschungsergebnissen zu verschaffen. Die Entwicklungspolitik der Industrieländer machte von den Daten und Analysen der Forscher in wachsendem Umfang Gebrauch, um ihre Entscheidungen zu rationalisieren. Das Entwicklungsland war leer ausgegangen. Dies führte zur Verärgerung. Seitdem in den Entwicklungsländern in wachsendem Maße selber Universitäten und Forschungsinsti-

tute gegründet werden, wird versucht, dieser „vagabundierenden Wissenschaftler“ Herr zu werden. In den meisten Ländern müssen neue Forschungsvorhaben genehmigt werden, entweder von der einheimischen Universität, der Regierung oder einem „Research Council“, dem Vertreter der Universität und der Regierung angehören. Verstärkt geht man dazu über, für ein Land die Forschungsprioritäten festzulegen, die bestimmt werden nach der Nützlichkeit der Forschung für das Land. Forschungen werden also langfristig nur noch möglich sein, wenn sie den Forschungsprioritäten des Landes entsprechen und wenn sich der Wissenschaftler dem lokalen Forschungsinstitut formell eingliedert. Durch diese Integration wird der Wissenschaftler gezwungen, seine Thematik mit den Themen anderer Forscher abzusprechen und die Ergebnisse in einem „öffentlichen Seminar“ zu diskutieren. Diese öffentlichen Seminare wurden in zahlreichen Entwicklungsländern eingeführt: sie spielen die Rolle des Transmissionsriemens bei der Verbreitung der Ergebnisse, da an ihnen sowohl Vertreter der Universität als auch der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der Gewerkschaften und der Wirtschaft teilnehmen. Der Forscher wird auch dringend angehalten, vor der Abreise eine Kurzfassung in der Verkehrssprache des Gastlandes (englisch, französisch oder spanisch) zu hinterlassen. Die Zeiten sind nicht fern, in denen dem Wissenschaftler die Ausreise verweigert wird, weil er seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Die Veröffentlichung der Kurzfassung soll insbesondere die Methoden und die entwicklungspolitischen Schlußfolgerungen beinhalten und schnell vor sich gehen. Die Mimeographie bietet sich als optimale Form an. Diese Beschneidung der „akademischen Freiheit“ kann für den ausländischen Wissenschaftler heilsam sein, denn die Wissenschaft sollte in den Dienst der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gestellt werden. Die negativen Seiten dieser neuen Forschungspolitik sollten jedoch nicht verheimlicht werden. Sie wird dort Bedenken hervorrufen, wo diese Politik die Beschneidung bzw. Einschüchterung kritischer ausländischer Intelligenz zum Ziel hat. Diese Problematik führt zum zweiten Argument.

2. Der Verdacht der Naturschätze- und Gesellschaftsspionage

Die traditionelle Entwicklungsländerforschung war lange Zeit mit dem Odium der Naturschätze- und Gesellschaftsspionage behaftet. Das Projekt Camelot hat dieses Problem ins öffentliche Bewußtsein gehoben. Im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums sollten Sozialwissenschaftler in Lateinamerika revolutionäre Herde aufspüren und Gegenstrategien entwickeln. Das Projekt scheiterte an der politischen Vernunft des zur Mitarbeit aufgeforderten norwegischen Soziologen Johan Galtung und an der weltweiten Veröffentlichung der Absichten der Auftraggeber¹. Der „Aufstieg und Fall“ des Projektes Camelot hat die Entwicklungsländer hellhörig gemacht. Sie werden zunehmend gewahr, daß durch die traditionelle Entwicklungsländerforschung seitens der Industrieländer diese in die Lage versetzt werden, mehr über ihr Land zu wissen als sie selber. Galtung spricht von „wissenschaftlichem Kolonialismus“ als von einem Prozeß, durch den der Schwerpunkt in dem Wissenserwerb über

¹ Vgl. für Einzelheiten: Horowitz, I. L., ed., *The Rise and Fall of Project Camelot: Studies in the Relationship between Social Science and Practical Politics*. Cambridge, Mass. und London: The M. I. T. Press, 1967.

eine Nation außerhalb der Nation selbst verlegt wird². Dieses Phänomen hat die Entwicklungsländer unruhig gemacht und erklärt die Tendenz zur schärferen Kontrolle ausländischer Wissenschaftler.

3. Die seltsame wissenschaftliche Arbeitsteilung: Grundlagenforschung in Industrieländern, angewandte Forschung in Entwicklungsländern

Während der Montebello-Konferenz wurde auf die seltsame wissenschaftliche Arbeitsteilung verwiesen, die sich darin ausdrückt, daß die Grundlagenforschung über die Entwicklungsländer von den Forschungsinstituten in den Industrieländern durchgeführt wird, während die angewandte Forschung den Forschungsinstituten der Entwicklungsländer zugestanden wird. Dies spiegelt einerseits das Bedürfnis der Entwicklungsländer nach angewandter Forschung, d. h. praktischer Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse, wider, reflektiert aber andererseits im sozialwissenschaftlichen Bereich die Abhängigkeit der angewandten Forschung von den theoretischen Modellen westlicher oder östlicher Wissenschaftsauffassungen. Denn angewandte sozialwissenschaftliche Forschung ist nur möglich, wenn sie gewisse vorgeformte Theorien und Hypothesen der reinen Forschung bei ihrer Fragestellung übernimmt. Damit determiniert sie auch im groben bereits die Ergebnisse. Diese Arbeitsteilung zwischen angewandter und reiner Forschung wird von den Entwicklungsländern somit bewußt herbeigeführt (Forderung nach Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse), andererseits aber als eine Art „wissenschaftlicher Imperialismus“ kritisiert. Das Dilemma scheint gegenwärtig unlösbar. „Wissenschaftlicher Imperialismus“ in einem „anderen Gewand“ wird ebenfalls kritisiert. Dies soll im Punkt 4 diskutiert werden.

4. Die Fremdbestimmtheit der Wissenschaft in Entwicklungsländern

Die Fremdbestimmtheit des Wissenschaftsbetriebes in Entwicklungsländern ist ein Faktum: So sind z. B. noch 80% der ostafrikanischen Wissenschaftler Nichtafrikaner, sog. „expatriates“, obwohl die Forschungsstrategie und die Forschungsprioritäten von den unabhängigen afrikanischen Staaten selbständig bestimmt werden (vgl. Ausführungen: Argument 1). Diese personale Fremdbestimmtheit ist in den Anfangsstadien wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung aufgrund des Mangels an qualifizierten einheimischen Wissenschaftlern unvermeidlich, bringt jedoch eine gewisse sachliche Fremdbestimmtheit der einheimischen Wissenschaft mit sich. Der ausländische Forscher bezieht sein wissenschaftliches Selbstverständnis aus seinem eigenen Kulturkreis, ohne fähig zu sein – auch bei optimaler Einsicht nicht –, dieses Wissenschaftsverständnis den kulturellen Werten des Entwicklungslandes anzupassen. Da der Wissenschaftler neben seiner Tätigkeit als Forscher auch gleichzeitig Lehrender an der Universität ist, wird der Student und zukünftige Wissenschaftler gemäß den Wertvorstellungen westlichen oder östlichen Kulturverständnisses erzogen. Diese langfristige Gefahr des Anpassungsprozesses vieler Sozialwissen-

² Ebenda, S. 296.

schaftler an die herrschenden Diskussionsregeln des euro-amerikanischen Wissenschaftsbetriebes³ wird zunehmend erkannt. Die Folge ist eine Umorientierung vieler Sozialwissenschaftler und ihre Rückbesinnung auf eigene nationale Wissenschaftstraditionen; gekoppelt mit einem zunehmend stärker werdenden Ressentiment gegen den wissenschaftlichen Kolonialismus⁴.

Bisher herrschte unangefochten die These, daß wissenschaftliche Rationalität gleichbedeutend ist mit der Übernahme westlicher oder östlicher Kulturinhalte. Ob dies so ist, wird jedoch in letzter Zeit häufiger in Zweifel gezogen, und daraus resultiert die wachsende Skepsis gegenüber dem ausländischen Forscher und Lehrenden. Es wäre nützlich, einmal das Entstehen der arabischen und persischen Zivilisation im 10. und 11. Jahrhundert und der Inkazivilisation im 13. und 14. Jahrhundert zu untersuchen. Es scheint so, daß die wissenschaftliche Rationalität sich als Projektion der kulturellen Werte ausbreitete, die diese Zivilisationen charakterisierte. Heutzutage neigt man dazu, anzunehmen, daß lediglich eine soziale Elite von der Versöhnung zwischen kulturellen Werten und wissenschaftlicher Rationalität profitierte und daß der breiten Masse des Volkes die Vorteile dieser Entwicklung vorenthalten wurden. Als Ergebnis, so wird argumentiert, wurde der ursprüngliche wissenschaftliche Impuls gehemmt, und die Entwicklung dieser Kulturen hätte über einen bestimmten Punkt nicht hinausgelangen können. Die These wäre zu falsifizieren oder zu verifizieren⁵.

5. Die Vernachlässigung der Forschungsinstitute in Entwicklungsländern

Während der Montebello-Konferenz wurde von Vertretern der Entwicklungsländer kritisiert, daß in den Industrieländern eine Flut von Entwicklungsforschungsinstituten gegründet würde, während die Förderung der Forschung in den Entwicklungsländern selbst zu kurz käme. Diese These wurde bezeichnenderweise bei einer Konferenz vertreten, die u. a. dem Ziel diene, das neugegründete kanadische „International Development Research Centre“ vorzustellen. Es ist vorgesehen, 5% der gesamten kanadischen Entwicklungshilfegelder diesem Institut für Forschungszwecke zuzuleiten. Das Institut wurde mit einem Budget von 30 Millionen Dollar für die nächsten 5 Jahre ausgestattet.

Wenn die Entwicklungsländer in verstärktem Maße die Förderung ihrer eigenen Institute verlangen, so sehen sie aber auch andererseits die problematische Rolle der ausländischen Forschungsfinanzierung. Als ideal wird eine multinationale Finanzierung angesehen. Während der Konferenz wurde beklagt, daß es bis heute noch keine Untersuchung über die Finanzierung von Forschungsinstituten in Entwicklungsländern nach Geldgebern, Höhe, Empfänger und Verwendungszwecke gäbe. Neben einer multinationalen Finanzierung wird verstärkt auf eine multinationale Zusammensetzung der Forschungsteams Wert gelegt. Man ist der Meinung, daß man so die Gefahr einer einseitigen Fremdbestimmung am besten steuern könne. Am Economic Research Bureau in Tanzania arbeiten z. B. bei einem Mitarbeiterstab von 20 Per-

³ Kantowsky, D.: Einige, teilweise polemische Bemerkungen zur sogenannten „Entwicklungsländersoziologie“, in: Internationales Asienforum 1 (1970), S. 598–602.

⁴ Kantowsky, D., a.a.O., S. 601 f.

⁵ Buron, R., Decision-Making on Research and Training Priorities in the Institutes Programmes. Working Paper. OECD-Konferenz Montebello. 13.–17. Juli 1970, S. 3.

sonen Wissenschaftler aus 11 Ländern: Tanzania, USA, England, Kanada, Polen, UdSSR, Ungarn, Dänemark, Österreich und Deutschland.

Die relative Schwäche ihrer Forschungsinstitute wollen die Entwicklungsländer durch eine verstärkte regionale Zusammenarbeit wettmachen. So existiert z. B. bereits in Afrika ein „Council of Directors of Economic and Social Research Institutes in Africa“, da es weder personell noch finanziell möglich ist, Forschungsinstitute mit jeweils weitgestreutem Arbeitsgebiet (eine Vielzahl von Disziplinen) in allen Ländern zu errichten. Eine regionale Arbeitsteilung in den Kontinenten der Dritten Welt wird deshalb zunehmend ins Auge gefaßt (West-Ostafrika usw.). Diese regionale Arbeitsteilung hat auch noch weitere Vorteile, die im Punkt 6 diskutiert werden sollen.

6. Der „brain drain“

Die kulturelle Entfremdung der Wissenschaftler durch Auslandsausbildung in industrialisierten Ländern ist als Problem erkannt. Oft ist eine wahre „Nationalisierung“ der im Ausland erworbenen wissenschaftlichen Ausbildung erforderlich, was den effektiven Einsatz der Wissenschaftler weiter verzögert. Darüber hinaus vermissen die Akademiker oft, wenn sie nach einem Auslandsstudium zurückkehren, dort das professionelle Klima, den gesellschaftlichen Status und die materiellen Anreize, die ihnen in den reichen Ländern geboten wurden⁶. Der durch diese Gründe stimulierte „brain drain“ ist alarmierend. „Augenblicklich ist die Anzahl qualifizierter Fachkräfte, die von den armen in die reichen Länder strömen, größer als die Anzahl der Berater, die von den reichen in die armen Länder gehen. 1967 standen den Entwicklungsländern 16 000 ausländische Berater auf kurzfristiger Basis zur Verfügung (Personalstand der technischen Hilfe insgesamt 100 000), doch laut Schätzung der UNO sind 40 000 einheimische Fachleute in die Industriestaaten ausgewandert.“⁷ Es soll die Vermutung ausgesprochen werden, daß es sich bei dieser „Intelligenzflucht“ größtenteils um Studenten handelt, die nach Abschluß ihres Studiums nicht in ihre Heimatländer zurückkehrten. Dieser Aderlaß, der sicherlich eine Reihe potentieller Wissenschaftler umschließt, kann nur gebremst werden, wenn die Förderung einheimischer Forschungsinstitute und Universitäten massiv verstärkt wird. Dies ist letztlich nur zu erreichen, wenn die materielle und soziale Stellung der Wissenschaftler in Entwicklungsländern verbessert wird, denn die intellektuelle Elite dieser Länder neigt dazu, eher attraktive Posten in der Regierung oder der Politik einzunehmen, als sich der Forschung zu widmen. Um in längerfristiger Perspektive der Gefahr der „brain drain“ zu begegnen, wird angeregt, im Rahmen der Entwicklungshilfe Stipendien in erster Linie zum Besuch einheimischer Universitäten zu vergeben (dies ist im Rahmen der EWG-Assoziierung von 18 afrikanischen Staaten bereits der Fall). Da jedoch der Wert eines Auslandsaufenthalts nicht unterschätzt werden wollte, wird es als sinnvoller empfunden, einem Kenyaner einen Forschungsaufenthalt in Nigeria zu ermöglichen als in den USA, der UdSSR oder Europa⁸. Durch eine solche Politik

⁶ Der Pearson-Bericht, Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Wien, München, Zürich: Fritz Molden Verlag 1969, S. 246.

⁷ Der Pearson-Bericht, a.a.O., S. 246.

⁸ Soper, T.: The Role of Foreign Aid in Supporting Training and Research Institutes in Developing Countries. Working Paper. OECD-Konferenz Montebello. 13.–17. Juli 1970, S. 6.

könnte die Entfremdungsgefahr für den potentiellen Wissenschaftler eingedämmt werden.

Es sei ausdrücklich vermerkt, daß sich die Kritik der Entwicklungsländer nicht auf die Forschung richtet, die konkret Bezug hat zur Entwicklungspolitik der östlichen bzw. westlichen Industriestaaten, denn die Entwicklungsländer haben ein sehr großes Interesse daran, daß diese Politik wissenschaftlich fundiert ist. Insbesondere betonen sie den großen Wert von Evaluierungsstudien, da mit ihnen in neuester Zeit versucht wird, neben den ökonomischen auch die sozialen und politischen Effekte eines Projektes zu bewerten. Zu dem Verhältnis von Entwicklungsländerforschung zur Entwicklungspolitik der Industriestaaten sind an anderer Stelle Ausführungen gemacht worden⁹.

⁹ Bohnet, M.: Wissenschaft und Entwicklungspolitik, in: Ifo-Studien 1/2 (1969), und Have-
mann, H. A.: Neue Aspekte der Entwicklungsländerforschung, in: Arbeitsgemeinschaft für
Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 201, Sonderdruck 1970.